



**GMS** GESELLSCHAFT MINDERHEITEN IN DER SCHWEIZ  
SOCIETE POUR LES MINORITES EN SUISSE  
SOCIETA PER LE MINORANZE IN SVIZZERA  
SOCIETAD MINORITADS EN SVIZRA

---

## GMS Standpunkt

---

5. August 2013

### **Unangemeldet und unerwünscht - schauen wir genau hin**

**Wir sehen, dass sich Fremdenfeindlichkeit verlagert: statt gegen Ausländer allgemein richtet sie sich vermehrt gegen Sans-Papiers und Asylbewerbende. Diese eignen sich als schwarze Schafe. Werfen wir den Blick auf zwei Gruppen unter ihnen, sogenannte Putzfrauen und Menschen in Nothilfezentren.**

#### Haushaltarbeiterinnen:

Gerne glaubt man, dass Sans-Papiers Leute seien, die mit Schleppern illegal in die Schweiz gekommen sind, ihre Ausweise weggeworfen haben, versteckt unter uns leben und sich auf halbkriminelle Weise ihren Unterhalt besorgen. Die Lebenswirklichkeit von Haushaltarbeiterinnen ist anders. Diese Sans-Papiers sind nicht ohne Papiere. Sie haben Pass, Identitätskarte, Führerausweis. Es fehlt ihnen nur ein Papier: die Aufenthaltsgenehmigung. Dies macht sie zu irregulär Anwesenden. Sie arbeiten in Privathaushalten: sie putzen, waschen, bügeln. Sie leisten Care-Arbeit: sie betreuen Alte, sie besorgen Kinder.

Sie sind oft legal in die Schweiz eingereist zu einem Studienaufenthalt, mit einem Touristenvisum. Und sie sind nicht mehr ausgereist. Ihre stete Angst ist, von der Polizei angehalten und umgehend ausgeschafft zu werden. Darum meiden sie die Öffentlichkeit. Die Lösung liegt auf der Hand: Die arbeitstätigen Sans-Papiers sind zu regularisieren. Nur so können sie ohne Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden, leben, nur so werden sie nicht ausgenützt, sondern erhalten faire Arbeitsbedingungen. Übrigens: Sie arbeiten nicht deshalb in Privathaushalten, weil sie "unqualifiziert" sind. Von den Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen im Kanton Zürich haben 36% einen Berufs- oder Fachhochschulabschluss, 27% einen Universitätsabschluss, 19% einen Gymnasium-, 14% einen Sekundarschul- und 4% einen Primarschulabschluss. Viele arbeiten hier, um ihren Kindern im Heimatland ein Studium zu ermöglichen, um zuhause ein Haus zu bauen, ein Kleingewerbe zu finanzieren oder Schulden zu tilgen. Sie haben ein Sparziel.

#### Asylsuchende in Nothilfezentren:

Von Asylsuchenden und der Hilfsorganisation "Asylbrücke Zug" haben wir erfahren, dass in unmittelbarer Nähe wohlhabender Gemeinden, bei Cham am Zugersee, Lebensbedingungen herrschen, welche die Grenze zur seelischen Folter überschreiten. In einem abgelegenen Gewerbeviertel in der Gemeinde Hünenberg befindet sich eine ehemalige Militärbaracke, wo ein gutes Dutzend Menschen leben. Dieses "Nothilfezentrum" beherbergt abgewiesene Asylbewerber, die Rekurse eingereicht haben oder deren Papiere nicht ausreichen, um sie zurückzuschaffen.

Sie erhalten Nothilfe, acht Franken pro Tag. Der Rayon, in dem sie sich bewegen dürfen, ist begrenzt. Ein Schlauch von 12 km Länge und an der breitesten Stelle 3 km Breite. Am Rand konstatieren wir Polizeipräsenz. Im Rayon befindet sich ein einziges Einkaufszentrum, ein "Spar", der teuerste der Anbieter. Ihr Status verbietet den Menschen zu arbeiten. Und sie dürfen nicht Fernsehen schauen, wie die Kantonsbehörden bestätigen. Was das mit der ordnungsgemässen Abwicklung von Verfahren zu tun hat, ist rätselhaft.

Die Insassen berichten, dass sie als kriminell bezeichnet würden. Sie mögen gegen Ausländerrecht verstossen haben – etwa durch mangelnde Kooperation bei der Beschaffung ihrer Papiere. Aber sie sind nicht im populären Sinn "kriminell". Auf Anfrage erklärt die zuständige Regierungsrätin des Kantons Zug gar: "Nur ein sehr kleiner Anteil aller Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich des Kantons Zug ist straffällig im Sinne von Verbrechen und Vergehen."

2011 hatten zwei Kantonsräte – von der CVP – in einer Interpellation verlangt, bei "kriminellen Asylbewerbern ... eine härtere Unterbringungspraxis anzuwenden". Und die Behörden bestätigten, es solle auszuschaffenden Asylbewerbern der Aufenthalt in der Schweiz "so unattraktiv wie möglich gemacht werden". (Nach "Zentralschweiz am Sonntag", 31. Juli 2011). Ein Asylbewerber sagt: "Im Gefängnis hätten wir es besser, da darf man Arbeiten, Geld verdienen und TV schauen." Im Klartext steht hinter diesem Nothilfezentrum eine Beugehaft-Politik. Die Menschen sollen schnell weggehen wollen.

Wir fordern auf, einen Blick auf solche Verhältnisse zu werfen und sie anzuprangern. Erfahrungen zeigen, dass oft schon ein kleiner Hinweis genügt, um Behörden zu veranlassen, menschenwürdigere Bedingungen zu schaffen.

GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz

*Die GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz wurde 1982 gegründet von Sigi Feigel und Alfred A. Häslar, ist politisch und religiös neutral und setzt sich für Leben, Recht, Kultur und Integration alter und neuer Minderheiten in der Schweiz ein. Sie steht allen offen, die für Minderheiten eintreten (<http://www.gms-minderheiten.ch>).*

Rückfragen an [infogms@gra.ch](mailto:infogms@gra.ch) oder Telefon 058 - 666 89 66